

Etikettierungen "Rechts – Mitte – Links"

Was hat es damit auf sich?

von Eduard Meßmer, 29.05.19, aktualisiert 03.05.2023

Ein Angriff auf unsere Fähigkeit, Geschichten zu erzählen, ist nicht nur Zensur – es ist ein Verbrechen gegen unsere Natur als menschliche Wesen.
(Salman Rushdie)

Dieser Beitrag soll helfen, oft beobachtete Unsicherheiten mit einer politischen Einordnung von "RECHTS" und "LINKS" abzubauen und Methoden der Einflussnahme auf den politischen Diskurs aufzudecken. Dies kann durchaus den Charakter einer strukturell angelegten Zensur annehmen.

Die Nagelprobe für den Wert der grundrechtlich verbrieften freien Meinungsäußerung ist die Möglichkeit auf verschiedenen Wegen die "andere Meinung" zu sagen, zu hören und zu publizieren. Die "andere Meinung" wird jedoch mit alten oder neu eingeführten politischen Kampfbegriffen auf bloße diskreditierende Etiketten reduziert, und das erstickt die in einer Demokratie notwendige Pluralität. Bei der Einordnung und Bewertung von politischen Aktivitäten, insbesondere dann, wenn sie eine andere Denkweise repräsentieren, ist allzu oft allgemeine Unsicherheit zu erkennen.

Wo hört freie Meinungsäußerung auf und wo beginnt „radikal oder extrem“?

Wann sind Einstellungen am äußersten Rand der mutmaßlichen Mitte noch von unserer politischen Verfassung gedeckt und wann nicht mehr? Sind es alleine Gruppierungen oder politische Parteien, die den sogenannten „Rechten“ zugeordnet werden? Kommen wir den Gefährdern der Demokratie, unserer Grundwerte, der sozialen, ökonomischen und politischen Ordnung mit einer solchen Einordnung überhaupt näher?

Zu beobachten sind immer wieder einseitige, vorschnelle und pauschale Etikettierungen von bestimmten Haltungen oder Einstellungen, um andere zu diskreditieren, nur weil eine andere Meinung nicht in das eigene Denkschema oder zur Regierungslinie passt.

Klassische Beispiele dafür sind die Verwendung von politischen Kampfbegriffen und Totschlagsargumenten wie bspw. der inhaltsleere Begriff „Populismus“ oder der allzu schnelle Fingerzeig in Richtung der rechten Ecke, wobei die politische Einordnung "Rechts", mittlerweile ein Stigma zu sein scheint.

Das Etikett "Rechts" ist in Deutschland von den Leitmedien mit einer sehr negativen Prägung versehen, das somit eine Assoziation mit wirklich bösen Dingen hervorruft. namentlich mit nationalsozialistischer Ideologie und Gewalt. Das wird begrifflich mit vagen und schillernden Begriffen wie "rechts" und "rechtsextrem" durch Sprache und Bilder verknüpft und "RECHT

S" damit durchgehend in ein schlechtes Licht gestellt, auch solche, die sich traditionell als rechts bezeichnen. Damit ist die Tür offen gezielt vage Vorwürfe zu platzieren. Die Bezeichnung "rechtsextrem" genügt. Oder: "In der Zeitung X ein Interview gegeben, und diese Zeitung wird im Verfassungsschutzbericht. Oder: "Gegen X wurden Vorwürfe erhoben, Vage Vorwürfe sind wirksamer als konkrete, denn konkrete Vorwürfe ließen sich entkräften. Dafür sorgen die Leitmedien, die "RECHTS" mit penetrierend negative Assoziationen verbinden und diese penetrierend wiederholen. Das wird irgendwann zu einer Wahrheit, und Wahrheiten machen für den Konsumenten das Leben bequemer, denn Wahrheit muss nicht

mehr hinterfragt oder jemals ernsthaft diskutiert werden. Es genügt die Parole. Ein Ringen um Argumente? – eben dann Fehlanzeige.

Im politischen Diskurs etabliert, hat sich eine ständige, begriffliche Vermengung von Dingen, die bei genauer Betrachtung nicht zusammengehören, und deshalb sollten diese Dinge differenziert behandelt werden, z.B.

- Migration/Einwanderung und Asyl,
- Grenzsicherung und Abschottung,
- Okkultismus und Esoterik,
- Protektionismus und Nationales Interesse,
- bloße Ablehnung/kritische Äußerungen versus Feindlichkeit,
- Institutionenkritik an der EU und Europagegnerschaft,
- Nationalismus und Heimatliebe,
- usw.

Eine Kostprobe davon bilden als ausländerfeindlich apostrophierte Klischees, sobald sich jemand gegen Überfremdung im eigenen Land ausspricht. Solche Aussagen werden schneller wie ausgesprochen als "feindlich" etikettiert. Doch es gibt im Land genug Menschen, die ihre Nachbarn nicht mögen, auch ohne Migrationshintergrund. Aber wer käme bei Nachbarn ohne einen Migrationshintergrund auf die Idee, einen Zustand als feindlich zu bezeichnen, nur wenn der eine den anderen nicht so recht mag? Es ist auch denkbar, einerseits gegen die Einwanderungspolitik und gegen die bedingungslose Öffnung der Staatsgrenzen zu protestieren und gleichzeitig Flüchtlinge im eigenen Haus aufzunehmen. Oder kann Kritik an der israelischen Regierungspolitik im gleichen Atemzug mit Antisemitismus gleichgesetzt werden?

Als Verschwörer gelten Personen oder Gruppen, die im Geheimen vermeintlich böse Absichten verfolgen. Im eigenen Land sind Verschwörungstheoretiker dann diejenigen, die ganz offen und praktisch inakzeptable politische Zustände aufdecken und andere solche Zustände öffentlich anpran-

gern. Verschwörungstheoretiker und "RECHTE" sind nun, wenn es nach Regierungsmeinung oder Leitmedien geht, nun ebenfalls in einen Topf geraten. Die öffentlich Meinung produzieren die Akteure mit Diskurshoheit. Aber wer in der Menschheitsgeschichte kann auf der Makroebene ein Zeitfenster ohne politische Verschwörung nennen oder ohne das Geschwisterchen der Verschwörung auf der Mikroebene der Gesellschaft ein Zeitfenster ohne Intrige?

Es wird von Leitmedien und Regierung angeprangert, dass die "Neue Rechte" sich Strategien bedient, um Diskurshoheit zu erlangen. Aber Jeder der Gehör für die eigene Meinung oder für die eigene politische Überzeugung finden möchte –egal welcher Couleur–, ist geradezu gezwungen, Öffentlichkeit herzustellen. Jeder denkt sich dabei seine eigene Strategie aus. Aus der Natur der Sache muss zwangsläufig der Versuch folgen, mit eigenen Möglichkeiten und Reichweite gesellschaftlichen Einfluss zu gewinnen, am besten Diskurshoheit. Die Frage ist, mit welchen Mitteln das geschieht. Wer macht es u.a. wie bspw. die ehemalige deutsche Bundeskanzlerin, die Steuergelder für Experten verwendet, die sich bestens auf sogenanntes „Nudging“ verstehen? Bei dem sogenannten "Nudging" geht es um die praktische Anwendung von subtilsten Manipulationstechniken.

Wieso eigentlich wird der real existierende marktradikale Konstitutionalismus (*Governance dominiert Government*) nicht etwa als „liberaler Populismus“ etikettiert, der schrankenloses Wirtschaften für Konzerne und ungebremstes Wachstum „auf Teufel komm raus“ als alternativlose Wahrheit und Lösung aller Gerechtigkeitsfragen propagiert und noch schlimmer, solche Strategien mit Umwelt- und Klimaschutz bemänteln?¹ Pathetisch wird von der politischen Mitte auf das Erstarken des rechten Spektrums auf-

¹ vgl. die sog. "Sustainable Development Goals" (SGD) der Vereinten Nationen (Agenda 2030), als Nachhaltigkeitsziele etikettiert, die zugleich vorwiegend Wirtschafts-Wachstumsziele verfolgen, also zum großen Teil ("Green-Washing").

merksam gemacht. Wenn es hier nicht nur darum geht, strategisch ein Feindbild zu schaffen, ist an dieser Stelle ist zu fragen, weshalb diese sogenannten "Rechten" europaweit überhaupt so stark werden konnten oder womöglich noch stärker werden?

Hier nützt nicht etwa der Fingerzeig auf die als "RECHTS" Bezeichneten, wer auch immer das sein mag, sondern auf diejenigen, die sich in der politischen Mitte für die Guten halten. Die Mischung aus Definitionshoheit, Wahrheitsanspruch, Alternativlosigkeit und starken, totalitären Tendenzen der politischen Mitte, bildet der Resonanzboden nicht nur für sogenannte wirklich extrem „Rechte“, sondern dann tatsächlich auch den Nährboden für die Ausbreitung ungewöhnlicher bis hin zu extremen, sonstigen Reaktionen. Verantwortlich hierfür sind allein Politiker der sogenannten politischen Mitte, die immer noch dabei zusehen, wie das gesellschaftliche System und der ganze Planet ökologisch und das Soziale weltweit kollabiert. Und die politische Mitte ist es, die diese Entwicklung sogar noch befeuert. Kritik hält sich die politische Mitte in Deutschland - strategisch durchdacht- am bestem vom Hals, indem die eigenen, wahrlich "rechts-extremen" Machenschaften, über die Leitmedien durch penetrierende Projektionsprache auf andere umgelenkt werden, und das leider mit durchschlagendem Erfolg bei einer Mehrheit, die bequemlichkeitsverblendet aus ihrer Komfortzone nicht mehr herauskommt, vor allem nicht beim Reflektieren dessen, was als Erzählungen tagtäglich auf sie hereinprasselt.

Das diffamierend als "RECHTS" bezeichnete politische Spektrum deckt realiter ein sehr breites Spektrum von Themenfeldern ab, von

- Ethnopluralismus
- Geschichtsrevisionismus,
- Leugnung des Holocaust,
- Okkultismus bis Esoterik,
- Wertschätzung von Volk und Vaterland (Heimat)
- Einwanderung/Migration/Asyl,

- Eliten- bis zur allgemeinen und besonderen System- und Medienkritik
- Freiheit, Gerechtigkeit
- innerer und äußerer Frieden
- Soziales
- Ökologie
- Freie Medien
-etc..

Dieses insgesamt breite Feld von Themen wird häufig und beliebig in einem einzigen Topf gerührt, sobald aus diesem breiten Spektrum auch nur ein Thema berührt ist. Eine andere Methode die "andere Meinung" zu diskreditieren, um sie auf diese Art und Weise zu ersticken, wird angewandt, bspw. Menschen einer Demonstration mit zehntausenden Teilnehmern, in ihrer Gesamtheit als NAZIS zu bezeichnen, nur weil dies auf Einzelne oder eine verschwindende Minderheit in dieser Menschenmenge das tatsächlich oder nur möglicherweise zutreffen könnte. Das kann aber auch so laufen, wie es die ehemalige Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft, *Julia Klöckner*, im Januar 2019 bei einer Demo anlässlich der „Grünen Woche“ in Berlin gemacht hat: „Die brauchen ja auch ihren Spaß“.

Klar wird die Sachlage erst dort, wo sich Aktivitäten, von wem auch immer, offen und konkret gegen fundamentale Prinzipien des demokratischen Verfassungsstaates richten und sich Akteure damit eindeutig als Gegner der Demokratie qualifizieren. ‚RECHTS‘ oder ‚LINKS‘ – Etikettierungen sind schlicht eine Frage der eigenen Perspektive bzw. eigenen Standorts.

Was bedeutet nun die Links-Rechts-Einteilung?

Relativ klar ist, dass "Links" als eine sozialistische Prägung verstanden wird, aber "Rechts" eher mit konservativ und vielleicht sogar wertkonservativ einhergeht.

Seit der Massenkritik an den staatlichen Übergriffen im Zuge der Corona-Maßnahmen wird befeuert von den Leitmedien unter dem Etikett "RECHTS" jegliche Regierungs- und Systemkritik subsumiert.

Und dennoch gibt es kein von dort ausgehendes Spektrum, an dessen anderem Ende eine Position wäre, die man halbwegs informativ ‚RECHTS‘ oder ‚LINKS‘ etikettieren könnte. Die isolierte Fokussierung auf ein Kriterium, eine vage Assoziation, wie etwa die Wertschätzung von Volk und Vaterland mit "rechts" ergibt noch lange keine klare Bedeutung. Zumal vor einigen Jahrzehnten auch die Sozialdemokraten in Deutschland Volk und Vaterland noch hochhielten. Auch hielt die SPD zu jener Zeit, vor der Übernahme durch die 1968er, noch den Wert der Familie hoch und forderte, dass die Gehälter so hoch sein müssten, dass ein Gehalt für die Ernährung einer Familie ausreiche. Der Hauptgrund dafür, die SPD als weit "links" abgesetzt von der CDU zu bezeichnen, war wohl, dass die SPD mehr staatliche Wohlfahrt und weniger wirtschaftliche Freiheit wollte. Die *Links-Rechts*-Klassifizierung nimmt mal das eine, mal das andere Merkmal als Kriterium. Und im Extrem soll sowohl "links" als auch "rechts" irgendwie schlecht sein. Wer zu weit 'LINKS' steht, zündet Autos an, und wer zu weit ‚RECHTS‘ steht, verprügelt Ausländer?

Wie man in der Logik aus einem Widerspruch jeden Satz ableiten kann, so kann man mit dem "Links-Rechts"-Schema beinahe jede Verwirrung erzeugen. Wer Verwirrung schaffen will oder Propaganda betreiben will, der zieht beispielsweise in den "*Kampf gegen RECHTS*". Als Begleiterscheinung klopfen sich dann solche Kämpfer, die sich selbstredend zu den "Guten" zählen, selbstzufrieden gegenseitig auf die Schultern. Geht es dabei in Wirklichkeit um einen Kampf gegen ‚RECHTS‘ oder um den Kampf gegen die "andere Meinung"?

Wer solche Positionen klar einteilen möchte, ist bei dem Versuch einer einschlägigen Einordnung in ein politisches Spektrum besser bedient, sich am konkreten Werteprofil oder an der Frage: zu orientieren: "Wieviel oder wie wenig Staat soll es sein?" Eine solche Orientierung bietet die Chance, einen Dialog nicht nur zu ermöglichen, sondern ein Gespräch sogar aufrechtzuerhalten, und noch besser, ohne dies mit der eigenen Er-

wartung zu verknüpfen, dass das politische Gegenüber die eigene Meinung übernimmt.

Anstelle gleich von Extremismus zu sprechen, wäre es besser, konkret zu sagen, was damit überhaupt gemeint ist. Ähnlich beim Begriff "Demokratie". Auch dieser Begriff passt in viele Kleider. Schließlich war die ehemalige DDR, heute als Unrechtsstaat bezeichnet, eine Demokratie, zumindest formal betrachtet. Wieviel Rechtsstaat haben wir heute noch in dem Deutschland der Gegenwart? Die Elle von der Frage der Legitimität von staatlichen Maßnahmen bis zu einem Unrechtsstaat fließend und so lang, etwa wie die Frage nach dem Sinn und Unsinn, ein kaum bestimmbares, politisches Spektrum in "RECHTS" oder "LINKS" einzuordnen. Alternativ dazu, kann mit Inhalten deutlich gemacht werden, was mit der eigenen oder der Haltung anderer konkret gemeint ist.

An welchem kritischen Punkt ist eine Einordnung etwa als „radikal“ oder „extrem“ wirklich gerechtfertigt?

Auch eine radikale (System)-Kritik darf nicht sofort gleichgesetzt werden mit einer rechtsextremen oder politisch radikalen Einstellung. Affektiv wird angenommen, Regierungs- und Systemkritik will die herrschende Demokratie abschaffen. Das zeugt von viel Vertrauen in die Regierung und in das politische System, wie es sich konkret darstellt. Eine andere Frage ist, ob dieses Vertrauen jeweils am konkreten Einzelfall gerechtfertigt erscheint. Kann in diesem Zusammenhang gerade Regierungs- oder Systemkritik in einem demokratischen System, nicht dahingehend aufgefasst werden, die Ideale der Demokratie zu schützen, zu erhalten oder noch besser, der Zeit anzupassen?

Die pauschale Bewertung einer regierungskritischen Masse von Menschen als sogenannte „*Neue Rechte*“, kann eine solche Etikettierung und Einordnung jenseits des Grundgesetzes kaum rechtfertigen, solange im gleichen Atemzug mit dieser Etikettierung keine konkrete, belastbare Aussage verbunden ist. Die Rechtfertigung einer Wertung als "extrem" ergibt sich durch konkrete Aussagen oder eindeutiges Verhalten der

Mehrzahl von Anhängern einer Bewegung, und auch nur dann, wenn das tatsächlich eine auf Fakten basierende Gefahr für die Demokratie sichtbar werden sollte. Bloße Etikettierung reicht für eine ideologische Zuordnung genauso wenig aus, wie einige wenige Fahnen zwischen tausenden oder zehntausenden von Demonstrationsteilnehmern, ebenso bloße Einzelfälle. Hinzu kommt, dass viele Einzelthemen weder in eine rechte, noch in eine linke Ecke passen, wenn zu einer subjektiven Meinung über eine bestimmte Sache die ideologische Position fehlt. Dann zeigt sich gerade bei sogenannten „Neuen Rechten“, denn ‚RECHTS‘ und ‚LINKS‘ stellt sich ohne inhaltlich konkrete Anknüpfungspunkte in der heutigen Zeit als ideologische Gemengelage dar.

Sind etwa tatsächliche, totalitäre Tendenzen aus der sogenannten politischen Mitte nicht noch als viel gefährlicher einzuschätzen, als vergleichsweise die Aktivitäten selbst der tatsächlich extremen „Neuen Rechten“, was und wer auch immer damit gemeint ist? Das ist deshalb möglich, weil die sogenannte politische Mitte, sich mehr als stark von finanzstarken, partikularen Interessen beeinflussen lässt oder sogar beeinflussen lassen muss, im Gegensatz zu Randgruppen der Gesellschaft. Die extreme politische Mitte ist systemimmanent davon entlastet, sich auch noch um Diskursheute zu kümmern. Und dennoch verteidigt die politische Mitte ihre Diskursheute mit Zähnen und Klauen, selbst wenn dabei das verfassungspolitische Terrain zur Disposition steht (vgl. Annett Kramp-Karrenbauer mit ihrer als Vorsitzende der CDU entlarvenden Meinung zur Meinungsfreiheit im Mai 2019, kurz vor der Europawahl im Zusammenhang mit einem von privater Seite veröffentlichten Video, dem sogenannten Rezo-Video: "Die Zerstörung der CDU". Besonders den Unionsparteien wirft "Rezo" vor: „zur immer weiter auseinanderklaffenden Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland beizutragen, den Klimawandel mit voranzutreiben und die USA unhinterfragt in ihren kriegerischen Auseinandersetzungen zu unterstützen.“²)

Analog auch das Vorgehen von Politik und Leitmedien - *Hand in Hand* - bei "anderen Meinungen", vor allem in den sogenannten Alternativ-Medien kontrovers diskutierten Themengebieten: Atommüll, Klimakatastrophe, Steuergerechtigkeit, 5G-Mobilfunk, Diesel-Abgas-Affäre, Corona-Maßnahmen, die geduldete und systematische Chemikalien- und Plastikvermüllung der Natur, offene Privilegierung bestimmter Gruppen, illegale Einwanderung, dargestellt als Migration oder im Asylrecht eingeordnet, Privatisierung und Deregulierung staatl. Aufgaben; drastische staatliche Zwangsmaßnahmen wie die in der Corona- und aktuell in der Klimapolitik.

Solange bei der Äußerung und Veröffentlichung von Meinungen Indikatoren wie Wahrheits- oder Alleinvertretungsanspruch, Ablehnung pluralistisch-demokratischer Systeme, Freund-Feind-Denken, das Ethos der rechtlichen Gleichheit aller Menschen, wie auch die in strafrechtlichen Tatbeständen kodifizierten politischen Straftaten konkret nicht feststellbar sind, solange das Ziel nicht darin besteht, wie augenscheinlich die regierende, politische Mitte, ein diktatorisches, die persönliche Freiheit aufhebendes Regime oder zumindest eine solche Bedrohung durch ein derartiges Szenario, zumindest in Kauf nimmt, kann aus dem Etikett „Rechtsradikal“ oder „Extremistisch“ schnell eine herabsetzende Zuschreibung und ein politischer Kampfbegriff werden. Ausgrenzung von gegenläufigen politischen Positionen aus dem demokratischen Meinungsspektrum und dem gesellschaftlichen Diskurs ist die Folge. Dabei ergeben sich häufig deutliche Anzeichen einer Projektionssprache bei den Produzenten der Ausgrenzung.

Bei gesellschaftlicher Einübung von inhaltlosen Herabsetzungen besteht die Gefahr, dass das Plural der Demokratie schließlich dauerhaft ausgeblendet, Minderheitspositionen oder Regierungskritik tendenziell mit illegitimen politischen Zielsetzungen gleichgesetzt werden. Die Nutzung von Strategien, eine politische Meinung zu verbreiten, müs-

² vgl. Wikipedia, Ein politisches Web-Video, am 18.05.2019 auf der Plattform "YouTube" veröffentlicht mit dem Titel: "Die Zerstörung der CDU",

sen Demokraten hinnehmen und aushalten lernen, bis an die Grenze des Urheberrechts oder bis an die Grenze von Übertreibungen. Jeder hat ein Recht auf eine eigene Meinung, aber keiner hat das Recht, alleinig eine Wahrheit zu beanspruchen, auch nicht diejenigen, die sich für die „Guten“ halten. Eine Gruppe oder ein Verein kann dennoch für sich selbst bestimmen, was toleriert wird und was nicht. Das könnte eine Gruppe oder Organisation mit einem veröffentlichten Beschluss klar herausstellen, um gegen etwaige Etikettierung gewappnet sein, am besten mit Formulierungen, die vermeiden, schlafende Hunde zu wecken. Damit ist einerseits dem Prinzip der Toleranz gegenüber anderen Meinungen und gegenüber verschiedenen politischen Auffassungen Genüge getan, andererseits auch dem Bekenntnis zu den eigenen Grundwerten, den Grundwerten innerhalb der eigenen Gruppe und gegenüber einer freiheitlichen und rechtsstaatlichen Ordnung.

Manche Regierungs- und Systemkritiker verbieten sich selbst die Verwendung von bestimmten Begriffen. Sie fürchten um ihre seriöse Reputation. So beispielsweise erlebt bei der Verwendung des Begriffs "Öko- bzw. Genozid". Dem gegenüber können solche, kaum aussprechbaren Folgen im Hinblick auf das globale Ausmaß von Umweltzerstörungen, Umweltverseuchung doch nicht einfach unter den Tisch gekehrt werden. Dennoch wird vermieden, dies offen auszusprechen und so auch zu publizieren. Für andere ist die Verwendung dieses Begriffs nichts weiter als eine plakative Meinungsäußerung, die eine Reaktion provozieren will. Wieder eine andere Sache ist, ob eine Gruppe bzw. Organisation oder ein Fachverband aus strategischen Gründen lieber auf die Verwendung bestimmter Begriffe oder Schlagworte verzichtet, nur um keine Angriffsfläche zu bieten. Dies kann dann bis zum Phänomen der Selbstzensur reichen.

Klar und bestimmt muss die Kritik umso mehr stattfinden, je weiter es sich das Staatswesen, sein Charakter, von seinen eigenen Idealen entfernt. Das ist der Fall, je mehr unser Staatswesen das sogenannte "Böse" im Staat duldet und gegen existenti-

elle Bedürfnisse (Menschen- und Grundrechte), womöglich noch mit direkter oder struktureller Gewaltausübung durchsetzt, d.h. das dem Staat zugestandene Gewaltmonopol missbraucht.

Die Fähigkeit, das sogenannte Gute oder Böse zu erkennen, ist den Menschen in gewöhnlich die Wiege gelegt, jenseits von subjektiven eigenen Interessen. Menschen tragen naturgemäß sowohl das Gute als auch das Böse in sich. Wir alle stehen jeden Tag vor der Herausforderung, das eine vom anderen - wertend - zu unterscheiden. Wir entscheiden jeden täglich, ob wir den Weg in der einen oder anderen Richtung verfolgen. Hier passt das "LINKS-RECHTS"-Schema schon besser.

Leichter haben es im Dickicht der vielen Erzählungen diejenigen, welche die Fähigkeit des Erkennens kultiviert haben. Denn es gibt in der sogenannten "Neuen Normalität" keine Wahrheit mehr und auch keine "Fake-News". Es gibt nur noch Geschichten, die erzählt werden – Und wir müssen lernen, erkenntnisfähig zu bleiben, um diese Geschichten verstehen und einordnen zu können.